

Der „Vorwärts“ erscheint täglich ausser an Sonn- und Feiertagen... Preis für den Abnehmer 1,20 M., für den Einzelkäufer 1,50 M.

Die Jahrgangspostkarte... Preis für den Abnehmer 1,20 M., für den Einzelkäufer 1,50 M.

# VORWÄRTS

## Berliner Organ

### der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

#### Das Berliner Wohnungswesen

Von Heinrich Kaufmann, Berlin

Bereits vor einem Jahre hat der Bund der technischen Angestellten und Beamten dem Berliner Magistrat eine Denkschrift vorgelegt, die unter dem Titel „Die Technik im neuen Berlin“ u. a. Vorschläge zur zeitgemäßen Reorganisation des Berliner Wohnungswesens machte.

Warum fehlt dem Wohnungs- und Siedlungswesen heute noch die Leitung, warum ruht deshalb alles, warum wird die Wohnungsnot nicht gelindert? Einige Daten mögen sprechen:

- 1. Juni 1920. Vorlage der Forderungen der Gewerkschaften nach Zentralisation des Wohnungs- und Siedlungswesens unter einer sachmännlichen Leitung.
- 16. November 1920. Vorlage der Denkschrift des Bundes der technischen Angestellten und Beamten „Die Technik im neuen Berlin“, worin ebenfalls die Zusammenfassung der gesamten Wohnungs- und Siedlungstätigkeit gefordert wurde.
- 24. Februar 1921. Erster Antrag auf organisatorische Zusammenfassung des Wohnungs- und Siedlungswesens in der Stadtverordnetenversammlung.
- 9. März 1921. Vorlage einer Denkschrift der Berliner Gewerkschaftskommission und des KFD-Bundes über das Berliner Wohnungswesen.
- 15. April 1921. Gemeinsame Anträge der sozialistischen Fraktionen in der Stadtverordnetenversammlung zur organisatorischen Zusammenfassung und unverzüglichen Berufung eines Generaldirektors für das Wohnungs- und Siedlungswesen.
- 10. Mai 1921. Verhandlung der Anträge in der Stadtverordnetenversammlung und Annahme durch eine Majorität von den Kommunisten bis zu den Demokraten.
- 13. Mai 1921. Ausschreibung der Stelle eines „Städtebaudirektors“.
- 30. Mai 1921. Schluß der Ausschreibung. (Das Berliner Wohnungswesen ist nun mehr als fünf Monate ohne Leitung!)
- 5. August 1921. Berufung der in Betracht kommenden Herren vor die Wohnungs- und Siedlungsdeputation.
- 12. Oktober 1921. 4 1/2 Monate nach Abschluß der Ausschreibung — Verhandlungen über die Wahl im Magistrat und gleichzeitig Beratung der Wahl — Einsetzung eines Magistratsauschusses zur nochmaligen Prüfung der gleichen Angelegenheit, trotzdem sämtliche Personen des Magistratsauschusses bereits als Mitglieder der Deputation dort Gelegenheit gehabt hätten, ihre Stellungnahme zu präzisieren und klarzulegen. Insbesondere trifft dies von dem Magistratsmitglied Baurat Hoffmann zu.

Was beweisen diese Daten? Sie beweisen, daß kein äußerer Zwang vorlag, der hemmend wirksam werden mußte, sondern daß nur mangelnde Entschlußkraft diese Fauderpolitik herbeiführen konnte.

Wer sind diejenigen, die sich der schnellen und organischen Inangriffnahme einer städtebaulichen und bauwirtschaftlichen Arbeit in Berlin entgegenstellen? Im Magistrat sind es die aus der wilhelminischen Zeit übrig gebliebenen Kräfte, die Bauräte Hoffmann und Magdorff, die ganz gewiß nicht in den Fachreisen — aller politischen Richtungen — als die geeigneten Sachverständigen zur Abgabe eines richtigen, zeitgemäßen Urteils über die heute notwendigen Maßnahmen auf dem Gebiete der Wohnungsbeschaffung anerkannt werden.

Zur Befreiung der Wohnungsnot hat indessen die architektonische Kunst Hoffmanns nichts beigetragen. Im Gegenteil, während der ganzen Amtstätigkeit dieses Mannes, der an der Spitze des Hochbauamts steht, hat sich das furchtbare Wohnungselend unbeschadet vorbereitet können. Be-

#### Die Landtagswahlen in Hessen

Am gestrigen Sonntag fanden im Freistaat Hessen Neuwahlen zum Landtag statt. Nach dem vorläufigen Gesamtergebnis wurden insgesamt 452 981 Stimmen abgegeben. Davon erhielten die Sozialdemokraten 148 579 (bei den Wahlen i. J. 1919: 273 468), die Hessische Volkspartei (Deutschnationale Volkspartei) 24 006 (45 785), Deutsche Volkspartei 68 908 (62 072), Hessischer Bauernbund 64 301 (keine), Demokratische Partei 33 660 (116 252), Zentrum 78 914 (108 539), U. S. P. 15 797 (9077), Kommunisten 18 764 (keine). Die übrigen Stimmen sind zerplittert.

Die Mandate verteilen sich wie folgt: Sozialdemokraten 23 Sitze (bisher 31), Deutschnationale Volkspartei 4 (5), Deutsche Volkspartei 11 (7), Hessischer Bauernbund 10 (keiner), Demokratische Partei 5 (13), Zentrum 12 (13), U. S. P. 2 (1), Kommunisten 3 (keiner).

Nach diesem Wahlergebnis, das noch nicht endgültig ist, hat sich die sozialistische Stimmenzahl gegenüber den Landtagswahlen im Januar 1919 überraschend gut gehalten, so daß man mit Recht von einem Erfolg reden kann.

Nach diesem Wahlergebnis, das noch nicht endgültig ist, hat sich die sozialistische Stimmenzahl gegenüber den Landtagswahlen im Januar 1919 überraschend gut gehalten, so daß man mit Recht von einem Erfolg reden kann. Die stärkste Einbuße, haben, wie bei allen Wahlen der letzten Zeit, die Demokraten erlitten, die den größten Teil ihrer Stimmen und Mandate wohl an die Deutsche Volkspartei abgegeben haben dürften. Aber auch die Deutschnationalen haben einen starken Stimmenrückgang zu verzeichnen, der in erster Linie auf das selbständige Vorgehen der Bauernschaft zurückzuführen ist, die es gleich auf 10 Mandate gebracht hat.

#### Der Wiederaufbau

Paris, 25. November.

Der Zentralrat der Liga der Republik, einer neuen Parteibildung, an deren Spitze der Abgeordnete Painlevé und Senator Debierre stehen, hat sich auf seiner monatlichen Versammlung auch mit dem Programm des Aktionskomitees für die verwüsteten Gebiete befaßt. Das Programm wurde ihm von dem Abg. Douce-dame, der dem Aktionskomitee angehört, vorgelesen. Der Zentralrat nahm eine Tagesordnung an, in der verlangt wird, daß Deutschland im Anschluß an das Abkommen von Wiesbaden veranlaßt werde, seine Schuld nicht nur in bar und Materialien, sondern auch durch Gestellung von Arbeitskräften abzutragen, die sich den Bedürfnissen der Geschädigten streng anzupassen habe.

schämende Tatsache ist, daß die eigentliche Stadt Berlin mit ihren Leistungen auf dem Gebiete der Wohnungspolitik gegenüber allen Vorortgemeinden, insbesondere aber gegenüber anderen zahlreichen Groß- und Provinzstädten, weit, weit zurücksteht. Die von Hoffmann vertretenen Anschauungen sind veraltet, seine städtebauliche Einstellung überlebt und daher sein Wirken für die Berliner Bauwirtschaft hemmend und schädigend. Nun sollen auf seinen Vorschlag hin sogenannte „städttebauliche Autoritäten“, deren Ruf mehr einer allzubereiten Presse als tatsächlichen Leistungen zu verdanken ist, bei der Anstellung des Generaldirektors für das Wohnungs- und Siedlungswesen, die, wie die Daten zeigen, nun bereits bald ein Jahr läuft, hinzugezogen werden. Das bedeutet nichts anderes als eine weiterwirkende Verschleppung der Ausführung des von den Gewerkschaften der Hand- und Kopf-arbeiter geforderten und von der Stadtverordnetenversammlung beschlossenen Wohnungs- und Siedlungsprogramms.

Ist es im Magistrat Baurat Hoffmann, so kann man als hemmende Kräfte, die sich dieses Mundes als Sprachrohr bedienen, unter den Außenstehenden die Gruppe der freien Architekten ansehen. Diese Richtung unter den deutschen Architekten will und kann unmöglich einen so produktiven Stadtbau betreiben, wie ihn die Gewerkschaften fordern. Sie ist nur groß in der papierernen Planung. Aber war diese Art des Städtebaues schon vor dem Kriege überlebt, so wäre auch nur der Versuch der Anwendung für Berlin heute eine Katastrophe. Wie fremd stehen diese Kreise den Problemen, die mit dem gegenwärtigen Wohnungswesen in Berlin zusammenhängen, gegenüber, und was wissen sie von den Möglichkeiten der Gemeinwirtschaft, die sich allein durch unerhörte Schwierigkeiten jeder tatsächlichen Verwirklichung der noch so schön geplanten Bauabsichten entgegenstellen? Setzt sich die von den Herren Hoffmann und Janßen vertretene Richtung in der Berliner Wohnungspolitik durch, dann bedeutet das die Sabotage und den Zusammenbruch des Berliner Wohnungs- und Siedlungswesens und die Verewigung der kapitalistischen Bauwirtschaft.

Painlevé und Debierre zu entsenden. (Die Liga der Republik ist die Vereinigung der radikal-demokratischen französischen Deputierten, die sich vor einiger Zeit vom nationalen Bloß losgelöst haben und eine Politik der Versöhnung und Verständigung mit Deutschland erstreben. Red. d. „Fr.“)

#### Neue Gewalttaten der Faschisten

Schererstreik in ganz Italien

Int. Rom, 28. November.

Ein neuer Gewaltakt der Faschisten hat einen achtundvierzigjährigen Proletenstreik der Scher in ganz Italien heraufbeschworen, der am Montag beginnt. In Triest hatten die Faschisten zwei Scher gefangen genommen, in einem Auto auf die Küsterrampe geschleppt und dort in einem Raum gesperrt, gegen den sie ein Revolverfeuer eröffneten. Einer wurde tödlich getroffen, der andere, von den Faschisten fälschlich für tot gehalten, konnte noch lebend in ein Spital gebracht werden, wo er sich aus Furcht vor Rache weigert, die Namen der beteiligten Faschisten, die ihm bekannt sind, anzugeben. Zum Protest gegen diese Gewalttat wurde der allgemeine Scherstreik proklamiert.

In Triest haben sich die Straßenbahner und Hafenarbeiter, die erst in diesen Tagen, nach dem Generalstreik, die Arbeit aufgenommen hatten, dem Proletenstreik der Scher angeschlossen.

In den letzten Tagen ist es in Turin, Neapel, Mailand, Genua und Florenz zu nationalistischen Kundgebungen gegen Frankreich gekommen. In Turin wurde das französische Konsulatgebäude zertrümmert. Der „Avanti“ schreibt zu diesen Vorwärtissen, es hätten sich die Fälle, daß die nationalen Faschisten jede mögliche Gelegenheit benutzten, um das Prestige Italiens zu untergraben. Nach den Demonstrationen in Venedig wiederholten sich die pöbelhaften Exzesse der Turiner Strolachen, die schon einmal, vor wenigen Tagen, zweihundert Mann stark, den französischen Konsul überfallen und verprügelt. Die Faschisten tragen redlich dazu bei, das Ansehen Italiens im Ausland zu erhöhen.

#### Rücktritt des französischen Völkshäufers in Rom?

Das Pariser Blatt „Homme Libre“ teilt mit, daß der französische Völkshäufers in Rom, Camille Barrère, um Enthebung von seinem Posten gebeten habe, ein Entschluß, zu dem er durch die jüngsten Ereignisse in Italien veranlaßt worden sei.

Arbeitslosen-Kundgebungen in Liverpool. Am Sonntag nachmittag protestierten in Liverpool die Arbeitslosen in einer großen Demonstration gegen die Sammlungen zum Hochzeitstag der Prinzessin Mary, die der Lordmayor, der vor einigen Tagen Sammlungen für die Arbeitslosen abgelehnt, veranstaltet hatte.

Ganz außerhalb jeder Personen- und Parteipolitik muß deshalb die hinter den Kulissen arbeitende Claqueurwirtschaft aufs schärfste bekämpft werden, die nur Männer ihrer Kunst zum Zuge kommen lassen will. Denn nur darum handelt es sich heute, daß eine kleine reaktionäre Gruppe mit allen Mitteln, ermutigt durch den Ausfall der Gemeindevahlen, nunmehr glaubt, sich gegen die berechtigten Forderungen der Gewerkschaften und damit gegen die Interessen der Allgemeinheit stemmen zu können. Ein Bauregiment Hoffmann darf in Berlin nicht unbefristet zustande kommen! Der Geist, unter dem jahrelang die künstlerisch schaffende Architekten- und Techniker-Schaft der Stadt gelitten hat, muß getrieben werden. Auch deren Stellung ist mit bedroht, wenn es nicht gelingt, die Berliner Bauwirtschaft auf eine gesicherte gemeinwirtschaftliche Grundlage zu stellen.

Deshalb muß der Weg freigemacht werden für diejenigen Kräfte im Magistrat, die den rechten Willen und die rechte Erkenntnis haben, um das ausführen zu können, was dem Volke nottut. Die gegen die Interessen der Allgemeinheit gerichtete Verschleppungspolitik in der Anstellung eines Generaldirektors für das Wohnungs- und Siedlungswesen muß endlich aufhören und der Einfluß überlebter Kräfte, die es jahrzehntelang verstanden haben, eine gesunde Entwicklung des Berliner Wohnungsbaues aufzuhalten und deshalb mitverantwortlich sind für die heutige unerträgliche Wohnungsnot, ausgeschaltet werden. Den Forderungen der Hoffmann-Gruppe müssen alle auf dem Boden einer gemeinwirtschaftlichen und modernen Wirtschaftspolitik stehenden Kräfte schärfste und aktive Opposition ansagen. Denn keine kann keine papiererne Wohnungspolitik, deren Ergebnisse in den Plankammern vermodern, mehr betreiben werden. Die Wohnungslosen fordern Wohnungen und die arbeitende Bevölkerung Berlins einen Städtebau, der nicht den Wünschen der oberen Zehntausend, der Spekulanten und Lausitagewinnler, sondern den Bedürfnissen der Masse des Volkes Rechnung trägt.

Im Interesse der gesamten Bevölkerung Berlins ist mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln darauf zu dringen, daß diejenigen Personen von der Beeinflussung der Zeitung







# Oesterreichischer Parteitag

(Nat.) Wien, 27. November.

Die Sonntagsführung des sozialdemokratischen Parteitags eröffnete ein Referat Eder's über die wirtschaftliche Lage und die Finanzpolitik der Republik, an das sich Ausführungen von Danneberg, Freundlich und Otto Bauer zum Steuerprogramm anschlossen. Folgende Resolution gelangte zur Annahme:

Angeichts der Geldentwertung, welche die Volkswirtschaft der Katastrophe zutreibt, haben die Organisationen der Arbeiterschaft beschlossen, einen Finanzplan auszuarbeiten. Er ist kein Programm einer sozialistischen Finanzpolitik, das unter den gegenwärtigen Machtverhältnissen unausführbar wäre, sondern enthält eine Reihe von Vorschlägen, welche im Rahmen der bürgerlichen Gesellschaft durchführbar sind, und welche die Wirkung hätten, die Banknoteninflation, die Hauptursache der Geldentwertung, einzudämmen. Alle Organisationen der Arbeiterschaft in Österreich sind verpflichtet, diese Aktion in ihrem Wirkungsbereich tatkräftig zu unterstützen. Es werden folgende:

1. Die Reallohn der Arbeiter und Angestellten dürfen durch den Abbau der Lebensmittelpreise, die die Regierung bisher geleistet hat, keine Kürzung erfahren.

2. Die Entschädigung der Arbeiter und Angestellten für den gegenwärtig an ihre Kinder geleisteten Staatszuschuß zur Verbilligung der Lebensmittel ist durch eine im Anschluß an die Krankenversicherung zu organisierende Kinderversicherung sicherzustellen.

3. Für die Dauer der Unbeständigkeit des Geldwertes sind die staatlichen Lebensmittelverteilungsorganisationen unbedingt aufrechtzuerhalten, um die Verteilung der Mindestrationen zu gewährleisten.

Zum fünften Punkt der Tagesordnung referierte Friedrich Adler. Er führte aus, die Internationale Arbeitergemeinschaft sozialistischer Parteien habe sich seit ihrem ersten Kongreß konsolidiert. Neue Parteien strömen aus zu. So hat sich jetzt in Polen eine U. S. P. gebildet. Die Dritte Internationale hat es verstanden, ihren Einfluß auf die Massen ebenso rasch zu verlieren, wie sie ihn gewonnen hatte. Wir sind eingeleitet zwischen dem Reformismus der Zweiten und dem Sozialrevolutionarismus der Dritten Internationale. Die Zweite Internationale hat demokratische Plänen, die Dritte neigt zum Bolschewismus. Was uns von der Dritten Internationale trennt, sind nicht Fragen der Taktik, sondern die Perspektive. Nicht alles, was die Dritte Internationale sagt, ist falsch, so wie nicht alles richtig ist, was die Zweite sagt. Wir wollen eine allumfassende Internationale, einen Ueberbau, eine Aktionsgemeinschaft, einen Aktionsausschuß aller sozialistischen Parteien. Die Italienische Partei und die Sozialistische Partei Amerikas wollen dasselbe. Wir müssen uns aber gegen die Ungebild der Zweiten Internationale wenden. Wenn wir uns heute mit der Zweiten Internationale verbinden würden, so hätten wir damit nichts erreicht.

Nach einigen Ausführungen des Vertreters der sozialdemokratischen Jugend, die sich gegen die kommunistische Jugendinternationale wenden, und einer Ansprache des Vertreters der jugoslawischen Sozialisten, der im Sinne Adlers zur Frage der Internationale Stellung nimmt, gelangt eine Entschließung zur Annahme, die den Beitritt der Sozialdemokratischen Partei Deutsch-Oesterreichs zur Internationalen Arbeitergemeinschaft billigt.

Es folgt dann ein Referat Eder's über kulturpolitische Fragen und die Neuwahl des Parteivorstands. In den Parteivorstand wurden gewählt: Adler, Bauer, Eder, Ellenbogen, Renner, Neumann, Seig, Starck.

Um 8 Uhr nachmittags wird der Parteitag von Seig für geschlossen erklärt.

## Ernährungsfürsorge für unterernährte Kinder

Das Reichskabinett hat in seiner Sitzung vom 24. November vorbehaltlich der Zustimmung der gesetzgebenden Körperschaften beschlossen, für die Zwecke der Ernährungsfürsorge für unterernährte Kinder einen Betrag von 100 Millionen Mark für das laufende Etatsjahr zur Verfügung zu stellen.

Diese Ernährungsfürsorge des Reiches, bei deren Durchführung auch auf die finanzielle Beteiligung der Länder geachtet wird, soll vornehmlich den Kreisen der Bevölkerung zugute kommen, die von der gegenwärtigen wirtschaftlichen Not besonders betroffen werden; sie soll in Verbindung gebracht werden mit dem hochangesehnten Kinderhilfswerk der amerikanischen Gesellschaft der Freunde (Quäker), und zwar dergestalt, daß die für diese Speisungen benötigten Mengen an Mehl und Zucker von der deutschen Regierung weiter unentgeltlich bereitgestellt werden. Auf diese Weise wird es der Gesellschaft der Freunde (Quäker) ermöglicht, eine weit größere Kinderzahl zu speisen, als dies bei Beschränkung auf die aus amerikanischen Sammlungen den Quäkern übergebenen Mittel der Fall wäre.

Erst werden durch die Maßnahmen des Reiches bzw. Unterlassungsfünden die Kinder fast zum Verhungern gebracht, um dann aus den Mitteln der Allgemeinheit unterstützt zu werden. Das nennt man „meistliche Postik“.

## Die gefährdete Milchversorgung

Aus dem Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft wird mitgeteilt:

Der Balkansturz und die dadurch hervorgerufene außerordentliche Steigerung der Preise für Auslandsware haben ihre ungewünschten Wirkungen auch auf die bereits durch die Dürre schwer heimsuchende Milchversorgung ausgeübt. Die Preise für ausländische Futtermittel sind infolge des rückgängigen des Wertes der Mark so stark gestiegen, daß die Verwendung von Auslandsfuttermitteln zur Fütterung der Milchkuhe erhebliche Beschränkungen erleidet. (Trotzdem gestattet der Ernährungsminister die Ausfuhr von wertvollen einheimischen Futtermitteln (Reb, b. Fr.) Gleichzeitig hat die Verteuerung der ausländischen Rohstoffe die Margarinepreise zu einer Höhe gesteigert, daß eine verstärkte Nachfrage nach Butter eingeleitet hat, die die Butterpreise ansteigen läßt und damit die Milchlieferungen gefährdet.

Um die unentbehrlichen Futtermittelreserven für die Milchbedarfsgebiete zu sichern, hat der Reichsminister für Ernährung die Landesregierungen ermächtigt, anzuordnen, daß Milch, die bisher zu Butter oder Käse verarbeitet worden ist, zum Futtermittelverzehrer geliefert wird, und daß Futtermittelreserven von gütlich versorgten Bedarfsgebieten an ungenügend versorgte umgestellt werden. Die Milchpreise werden in diesem Falle von der anordnenden Behörde und von einem Schiedsgericht auf Grund der Marktfrage festgesetzt. Gleichzeitig ist die Vorschrift der Reichsmilchverordnung, daß durch beschlossene Anordnungen Milchlieferungen nach den bisherigen Milchpreisen für die Zeit bis zum 15. Mai 1923 sichergestellt werden können, um ein weiteres Jahr, für die Zeit bis zum 15. Mai 1923, verlängert worden.

Diese Anordnungen sind bläher Bluff. Sie werden nicht das geringste nützen, weil das Ernährungsministerium sich selbst jeden Einfluß auf die Erzeuger beraubt hat und auch gar nicht daran denkt, irgend einen Zwang auf die Erzeuger auszuüben. So werden denn die Milchpreise weiter steigen, so lange bis das Massensterben der Säuglinge auch den härtesten Profitgeiern das Gewissen gewickelt hat.

Durch Verordnung vom 24. November hat der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft zur Bekämpfung des wilden Aufbaus von Kartoffeln bei den Landwirten mit Wirkung vom 20. Dezember 1921 ab für diesen Verkauf eine behördliche Erlaubnis vorgeschrieben. Dieser Erlaubnis bedürfen alle Personen, die zum Wiederverkauf oder zur gewerksmäßigen Verarbeitung oder für Gemeinden, Gemeindeverbände, Betriebe oder im Auftrage einer Mehrheit von Verbrauchern Kartoffeln unmittelbar beim Landwirt aufkaufen. Der Verkauf für den Bedarf des eigenen Haushalts ist frei. Die zum Großhandel mit Kartoffeln zugelassenen Personen bedürfen gleichfalls einer besonderen Erlaubnis nicht, wohl aber deren Angestellte und Beauftragte.

## Das Defizit der Post

In der „Germania“ behandelt Ludwig Hermann die Ursachen des Defizits der Post und Eisenbahn. Neben bekannten und wiederholt gemachten Gründen für das Defizit enthält sein Artikel einige neue Hinweise auf weniger beachtete Ursachen, die vor allem das Defizit der Post zum Teil begründen:

„Eine ganze Reihe von allgemeinen Wohlfahrtsausgaben, mit denen kein planmäßige Einnahme verbunden ist, hat die Gesehgebung unserer Postverwaltung übertragen. Hierzu gehört besonders die Ausführung unserer umfassenden Versicherungs-Gesehgebung. Den Postanstalten ist zunächst der Verkauf der vielerlei Sorten von Versicherungsmarken (Reichsmarken) an das Publikum übertragen. Eine Einnahme für die Post ist damit aber nicht verbunden. Ferner haben die Postanstalten in jedem Monat die immer zahlreicher werdenden Altersrenten, Invalidenrenten, Unfallrenten und in neuerer Zeit auch die Heeresrenten, letztere für die Kriegesbeschädigten und die Hinterbliebenen der im Kriege Gefallenen, auszugeben. Dazu kommen wieder Beihilfen und Zulagen an die Rentempfangler infolge der fortwährenden Teuerung. Mit allen diesen Ausgaben ist fortwährend ein gewaltiges Stück Arbeit verbunden. zehntausende von Beamten haben sich fortgesetzt mit diesen Arbeiten zu befassen und das Prüfungs- und Abrechnungsverfahren darüber mit den Berufs-Gesellschaften usw. ist überaus schwierig. Für diese ganze gewaltige Arbeit erhält die Post keinerlei Vergütung, keinerlei Einnahmen für die Post werden damit erzielt. Jetzt hat die Post wieder zur Unterstützung der Finanzverwaltung ohne jede Entschädigung die Steuermarken zu vertreiben. Auch eine Reihe von sonstigen Wohlfahrtsaufgaben im Dienste der Allgemeinheit hat man der Reichspost übertragen, womit keinerlei Einnahmen verfließen sind. Man braucht sich also nicht zu wundern, wenn durch die Uebertragung aller dieser unentgeltlichen Wohlfahrtsausgaben die Rentabilität der Post immer mehr zurückgegangen ist.“

Der uns unbekannt, aber anscheinend mit dem Gegenstand vertraute Verfasser erinnert ferner daran, daß die gesamte Feldpost ohne Entgelt besorgt wurde und daß die Gebührensätze auch der Post schon während des Krieges im Mißverhältnis zu der Geldentwertung und den Warenpreisen standen. Das ist bis auf den heutigen Tag so geblieben. Hermann kommt mit Recht zu der Frage:

„Welcher Industriezweig, welcher Geschäftsbetrieb usw. kann wohl ohne Defizit bestehen, wenn er zu so niedrigen Preisen, zum Teil sogar umsonst, arbeiten muß, wie unsere Gesehgebung es bisher von der Post und Eisenbahn verlangt hat?“

„Eine Ueberführung der Verkehrsverwaltungen in den Privatbereich würde die Verhältnisse nicht bessern, sondern nur eine große Verwirrung in den gesamten Verkehrsverwaltungen herbeiführen“, schreibt der Verfasser zum Schluß.

## Leibeseigenschaft

Wenn gewerkschaftlich organisierte Arbeiter es ablehnen, sich mit Angehörigen der Landarbeitersgruppe des Reichslandbundes auf eine Stufe zu stellen, dann schimpfen die Grundbesitzer über „Terror“. Wenn es der Reichslandbundsrat ablehnt, dieselbe gelbe Genußgarde für tariffähig zu erklären, dann wehrt die ganze reaktionäre Presse über diese „Aufhebung der Koalitionsfreiheit“. Wie diese Koalitionsfreiheit auf dem Lande aber aussieht, das zeigt folgendes Inserat, das wir der in Nimpisch (Schlesien) erscheinenden Zeitung „Der Landmann“ entnehmen:

Wir haben uns durch Heereien verleiten lassen, am 2. und 3. November zu streiken und bedauern dieses jetzt sehr. Wir bitten daher unseren Arbeitgeber, Herrn Erbscholtz, Besitzer Köhler in Klein, um Verzeihung.

Klein, den 20. November 1921.

Das Arbeitspersonal der Scholtzerei Klein.

Ueber die moralische Qualität dieser Handlung eines angeblich „Gebildeten“, eines Gutsbesizers, der durch Drohung mit Entlassung und Hunger Arbeiter zu solcher Erniedrigung preßt, ist unter anständigen Menschen kein Wort zu verlieren. Denn nur mit dem Mittel der Erpressung und getrieben von der Not lassen sich Arbeiter zu solchem Schritt bewegen.

Über wenn nun dieselben Leute mit dem gleichen, bei echnischen Agrariern sehr beliebten Mittel in eine Arbeitergruppe des Landbundes gepreßt werden — ist das dann Koalitionsfreiheit? Wir empfehlen allen entscheidenden Stellen, vom Reichsarbeitsminister angefangen bis zum letzten Schlichtungsausschuß, dieses charakteristische Dokument zur dringenden Beachtung, falls sie wieder einmal genötigt sein sollen, in der Frage der Koalitionsfreiheit in der Landwirtschaft eine Entscheidung zu fällen.

## Kleine Nachrichten

Der Beschwerdeausschuß des Reichsrates hat der Beschwerde der „Medlenburgerischen Umschau“ in Rostock, die vom medlenburgischen Ministerium des Innern verboten worden war, stattgegeben und das Verbot aufgehoben; ebenso das Verbot der „Roten Fahne des Ostens“ in Königsberg, die durch den dortigen Polizeipräsidenten verboten worden war.

Provinzialratswahlen in Belgien. Am Sonntag fanden in ganz Belgien die Wahlen für die vollständige Erneuerung der Provinzialräte statt, die überall ohne Zwischenfall verlaufen sind. Das Gesamtergebnis wird nicht vor Mittwoch bekannt sein. Die neuen Provinzialräte werden dann 40 Senatoren wählen.

Südlawien und Albanien. Die „Grazer Tagespost“ meldet aus Belgrad: Die südlawische Regierung wurde vom Kaiser und aufgefördert, Albanien als selbständigen Staat anzuerkennen und einen diplomatischen Vertreter bei der Regierung in Tirana zu ernennen.

## Die Krise in den städtischen Betrieben

Die heutige Stadtverordnetenversammlung fällt die Entscheidung.

Die Beschlüsse des Magistrats vom Sonnabend in der Frage der Forderungen der städtischen Angestellten und Arbeiter haben die kritische Situation nicht entspannt, sondern im Gegenteil verschärft. Die Arbeitnehmerschaft hat wiederholt erklärt, alle friedlichen Mittel erschöpft zu wollen. Die städtischen Arbeiter waren es, die das Schiedsgerichtsverfahren eingeleitet haben; sie werden daher erst Donnerstag in der Lage sein, weitere Beschlüsse zu fassen.

Ganz besonders kritisch stehen die Verhandlungen mit den Angestellten, die auf einen toten Punkt angelangt sind. Der Magistrat gab den Forderungen der Angestellten gegenüber lediglich ein Versprechen ab, das nur bedingten Wert besitzt. Der sogenannte Fünf- und zwanzigerauschuß, der heute tagt, wird sich mit der kritischen Materie beschäftigen. Die Beschlüsse dieser Körperschaft werden deshalb von den Angestellten mit Interesse erwartet.

Wir haben bereits auf die eigenartige Politik der S. P. D. Leute im Magistrat hingewiesen, deren zweifelhaftes Haltung der Klärung dieser Frage nicht förderlich war. Es finden deshalb weiter interfraktionelle Beratungen statt, um zu einer Einigung zu gelangen.

Die Angelegenheit ist somit noch immer völlig ungeklärt. Der „Vorwärts“ vom gestrigen Sonntag sah sich daher veranlaßt, folgendes zu erklären:

„Am Montag abend ist noch Zeit zum Einlenken.“

nachdem dürfte es zu spät sein. Es wäre insbesondere die Aufgabe der sozialdemokratischen Stadtverordnetenfraktionen, in letzter Stunde eine Einigung herbeizuführen.“

Wir hoffen, die Vertreter der S. P. D. im Magistrat sehen sich nun veranlaßt, diesen Wink ihres Zentralorgans zu beachten und alles daranzusetzen, um wirklich „in letzter Stunde die Einigung herbeizuführen“!

## Der Sonntag in Berlin

Schwerer Einbruch in der Taxenburgerstraße. Gestern abend gegen 10 Uhr drangen in die im Hause Tauentzienstr. 13a gelegene Wohnung des Hauswirts Nürnberg ansehend zwei Personen ein, die mit Nachschlüsseln die Korridorür geöffnet hatten. Nachdem sie die ganze Wohnung durchsucht hatten, entdeckten sie hinter einem großen Schrank den Wandtresor des Wohnungsinhabers. Sie ertraben den Schrank, beraubten ihn seines gesamten Inhalts und legten Feuer an. Mit Hilfe von Hausbewohnern gelang es, das Feuer zu löschen. Das Ueberfallkommando des Polizeipräsidiums Charlottenburg, das auf Alarm am Tatort erschienen, suchte das Haus und die Umgebung deselben nach den Tätern ab, konnte sie aber nicht mehr entdecken. Ueber die Höhe des geraubten Gutes lassen sich zur Zeit noch keine Angaben machen, da der Wohnungsinhaber abwesend ist. Die Kriminalpolizei recherchiert nach den Tätern.

Bereiteter Fluchtversuch der Bochumer Raubmörder. Durch die Entsorgung eines bestohlenen Gefangenenaußenseiters und seine Festnahme durch die Berliner Kriminalpolizei in Treptow ist ein von dem zum Tode verurteilten Bochumer Raubmörder geplanter Fluchtversuch in letzter Stunde vereitelt worden. Es handelt sich um die Verbrecher August und Heinz Hensler, Franz Heßling, Alex Alen und Wilhelm Müller, die am 24. August 1920 auf der Hornberger Straße zu Erkenschwick in Westfalen einen Lösegeldwagen der Zeche Escher-Lippe, der annähernd zwei Millionen Mark beförderte, maschiert und bis an die Fähne bewaffnet mit einem Auto überfielen, den Bureauvorsteher Friedrich, den Bureaubeamten Bachwinkel und den Kutcher Fritz Bruchmann erschossen und den Buchhalter Koch durch einen Armschuß verletzten und dann mit dem Millionenraub in dem Auto verschwand. Der verhaftete Ausseiter Salpius war im Zuchthaus zu Münster angeheilt und kam dort in Verbindung mit den Bochumer Raubmördern, die zum Teil zum Tode, zum Teil zu langjährigen Zuchthausstrafen verurteilt sind. Salpius ließ sich schon nach kurzer Zeit befehen und besorgte wie für andere Gefangene so auch für die Bochumer Raubmörder Kästchen in einer Gefängniszelle. Ueber den verhafteten Gefangenenaußenseiter Salpius wurde auch dessen Bruder festgenommen.

Das schwache Geschlecht. Gestern nachmittag geriet der Reisende Erich S. mit seiner Ehefrau in ihrer gemeinschaftlichen Wohnung in der Bernhardtstraße in Wilmersdorf in einen heftigen Streit. Im Verlaufe desselben ergriff Frau S. einen eisernen Kochtopf und schlug ihren Mann damit auf den Kopf, so daß er eine schwere Schädelverletzung davontrug. Der Mann mußte nach dem Schöneberger Krankenhaus geschafft werden.

Der Mörder seiner Familienheche. In der vergangenen Nacht gegen 24 Uhr drang der 32 Jahre alte Buchhändler Wolf D. mittels Dietrichs in das Zigarngeschäft von T. am Brandenburger Ufer ein. Dabei wurde er von dem Geschäftsinhaber überfallen und nach einem kurzen Ringkampf überwältigt und einer Streife der Schutzpolizei übergeben. Man fand bei dem Täter einen Revolver und einen Dietrich. Auf der Michaelstr. wohnt man D. brachte, gab dieser an, er sei in den Laden eingedrungen, um T. zu erschließen, weil er mit seiner Schwester verkehrt und sie dann verfallen habe.

Festnahme eines Mörders. Gestern vormittag wurde auf dem Schloßlichen Bahnhof der 29 Jahre alte Arbeiter August Tittus von der Kriminalpolizei festgenommen und dem Polizeipräsidium zugeführt. Tittus wurde wegen Mordes von der Staatsanwaltschaft in Königsberg in Pr. bereits seit längerer Zeit gesucht. Man fand bei dem Täter 100 000 polnische Mark und 2286 Mark deutsches Geld.

Raubüberfall in Spandau. Der Arbeiter Eusebius aus Spandau wurde gestern gegen Mitternacht auf dem Heimwege von drei Männern überfallen und seiner Brieftasche mit 1800 Mark und seiner Uhr mit Ketten beraubt. Der Spandauer Kriminalpolizei gelang es bald, zwei Täter zu ermitteln und festzunehmen. Bei der Gegenüberstellung wurden sie von dem Beraubten bestimmt wiedererkannt.

Das Ende der Holzgärtnererei. Die ehemals kaiserlichen Holzgärtnererei am Neuen Palais bei Potsdam sind jetzt vom Finanzamt samt den Wohn- und Geschäftshäusern sowie den alten Orangerie an eine G. m. b. H. veräußert worden. Gegenstand des Unternehmens ist die Züchtung und der Verkauf von Gartenzeugnissen. Als Geschäftsführer zeichnet u. a. ein Kunstmalter.

Schulunterricht, in denen Hausfrauen und schulentlassenen jungen Mädchen Gelegenheit geboten wird, das Nähen von Straßen- und Hauschuhen zu erlernen, werden in Lichtenberg vom 1. Dezember ab in der Schule Flurstraße 7/8, wieder eingerichtet. Die Kurse, die an jedem Donnerstag von 7 bis 9 Uhr abends stattfinden sollen, haben eine Dauer von vier Wochen. Jede Teilnehmerin hat einen Unkostenbeitrag von 6 M. zu entrichten. Anmeldungen werden wochentäglich während der Zeit von 10 bis 2 Uhr von der Haushaltungslehrerin Fräulein Hirt, Flurstraße 7/8, während der übrigen Zeit vom Schulhausmeister entgegengenommen.

Genossenschaftler! Wir weisen die Parteigenossen darauf hin, daß jetzt die Mitgliederversammlungen der Verkaufsstellen in der Kommungensgenossenschaft stattfinden. In diesen Versammlungen werden die neuen Genossenschaftsratsmitglieder gewählt. Es ist Pflicht eines jeden Mitgliedes unserer Partei, sich an den Versammlungen zu beteiligen und eine Funktion als Mitglied zum Genossenschaftsrat anzunehmen.

Borussisches Wetter für Berlin und Umgebung am Dienstag. Voraussicht neblig, sonst trocken und größtenteils heiter, bei schwachen südlichen Winden. Nachts und morgens ziemlich strenger Frost, um Mittag Temperatur etwas über Null.



Gewerkschaftliches

Amerikanische Gewerkschaften für Abrüstung

Der Kriegsausbruch und Siegesjubiläum der amerikanischen Gewerkschaften, die unter der Führung des Präsidenten Sam Compers...

Und so tagte, auf Initiative von Compers, am 18. und 19. Oktober in Washington eine nationale Konferenz...

Die Novembernummer des 'American Federationist', das Organ der A. F. of L., steht ganz im Zeichen der Abrüstung...

Symbolische Bilder und der vierte Vers - Jesajas, Schwert in Pflugscharen usw. zu verwandeln, bilden den weiteren Inhalt...

Mit dieser Aktion, die an sich zu begrüßen ist, ist Compers und Genossen in die politische Arena getreten...

Wir begrüßen diese Stellungnahme und hoffen, daß weitere Gesundheitserscheinungen der amerikanischen Gewerkschaften folgen werden.

Behörden-Technikertag

Im Restaurant des deutschen Opernhauses trat heute normittag der Bund der technischen Angestellten und Beamten zu einem Reichsrundtag zusammen.

Nachdem der Bundvorsitzende Heinz die Delegierten begrüßt und die Tagung eröffnet hatte, erstattete Händler der Geschäftsberichte...

politik betreiben, aber das könne nur gelingen auf Grund eines Programms...

Der D. B. B. glaube durch eine logenante politische Neutralität die Interessen der Beamten verwirklichen zu können.

Differenzen im Baugewerbe

Vor einem Streik

Der Verband der Bauarbeiter stellte für seine Mitglieder erhöhte Lohnforderungen, die von den Unternehmern zeitlos abgelehnt wurden.

Wir kommen noch ausführlicher auf diese Angelegenheit zurück.

Lohnerhöhung in den Berliner Wurfabriken! Den Fleißern gelang es, nach längeren Verhandlungen mit den Unternehmern, die Löhne zu erhöhen...

Ladierer. Dienstag abend 7 Uhr im Gewerkschaftshaus, Saal 4, Mitgliederversammlung der Ladierer.

Allgemeiner Verband der Deutschen Bankangestellten. Der allgemeine Verband der Deutschen Bankangestellten beruft zum Dienstag, den 20. D. M., abends 7 1/2 Uhr...

Parteiveranstaltungen

Achtung! Heute, Montag, den 28. November, pünktlich 6 Uhr abends, Vollziehung der Zeitungskommision im Lokal Graphisches Vereinshaus...

'Freiheit'-Verlag

Der Obmann der Zeitungskommision

14. Mittwoch. Arbeitliche Genossen, welche Anspruch auf Sozialisierung der 'Freiheit' erheben, müssen sich spätestens bis zum 1. Dezember beim Redaktionsbüro...

Dienstag, 28. November

1. Gewerkschaftsbörse. Mittwoch, den 28. November, abends 7 1/2 Uhr im Hotel 'Europa'...

Bereinskalender

Dienstag, 28. November

Transportarbeiter-Verband. Dienstag, 28. November, abends 8 1/2 Uhr im Gewerkschaftshaus...

Verantwortlich für Politik und Redaktion: Leo Dieckhoff Berlin-Tiergarten...

Wissen und Schauen!

Wochenschrift für das deutsche Volk

herausgegeben von Dr. C. Richard Schmidt, geleitet von Dr. C. B. Schmidt

'Wissen und Schauen' bietet jeden Sonnabend auf 24 Seiten reich illustrierte Beiträge aus allen Gebieten des Wissens...

Als Prämie vollständig gratis erhält jeder Abonnent von 'Wissen und Schauen' nach Bezahlung von 33 Heften eine wunderbare Reproduktion...

'Denkmal Dichtung' bringt Romane, Novellen, Studien und Gedichte der besten deutschen Dichter...

'Die weiße Welt' enthält Naturerzählungen und Reiseerzählungen aus allen Erdteilen...

Als Prämie vollständig gratis

erhält jeder Abonnent von 'Wissen und Schauen' nach Bezahlung von 33 Heften eine wunderbare Reproduktion...

Verlag: Berliner-Verlag, Berlin-Dechardorf - Postfach-Konto Nr. 124345 Berlin NW 7...

Advertisement for 'Wissen und Schauen' magazine, including subscription details and contact information.

Theater u. Vergnügungen. Listings for Volksbühne, Neues Volkstheater, Staatstheater, etc.

Walfar - Theater Nixchen. Listings for Kupfer 44, Feldsteher, etc.

Demnächst erscheint der USP D Taschen-Kalender 1922. Includes content details and price.

Soeben erschien! Dr. EUGEN PAWLOWSKI Der Bankrott Deutschlands. 189 Seiten, Preis M. 2.50 / geb. M. 6.-

Teilzahlung, Kleine Anzeigen, and various classified advertisements including 'Verkäufe', 'Gold-Silber-Platin', etc.